

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 28. November 1962

Blatt 2477

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Felix Slavik und der Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Anton Schwaiger morgen Donnerstag, den 29. November, um 13.30 Uhr, im "Presseclub Concordia", 1, Bankgasse 8, den in- und ausländischen Journalisten Einzelheiten über den Vorschlag der Bundeshauptstadt Wien und über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1963 geben werden. Anschließend Diskussion.

Lebensmittelgeschäfte am 22. Dezember bis 18 Uhr geöffnet

28. November (RK) Landeshauptmann Jonas hat eine Verordnung betreffend den Ladenschluß der Lebensmittelgeschäfte am 22. Dezember erlassen. Demnach dürfen am Samstag, dem 22. Dezember 1962, die Verkaufsstellen für den Kleinverkauf von Lebensmitteln von 7 bis 18 Uhr offengehalten werden.

Am Silbernen und Goldenen Sonntag bleiben die Geschäfte im Kleinverschleiß so wie bereits im vorigen Jahr geschlossen.

Wiens Bevölkerung im Oktober
=====

28. November (RK) Im Monatsbericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien werden für Oktober 1.280 Eheschließungen, 1.645 Lebendgeborene und 2.163 Sterbefälle ausgewiesen. Alle diese Zahlen liegen über den Zahlen des gleichen Monats im Vorjahr, und zwar die Eheschließungen um 99, die Geborenen um 42 und die Gestorbenen um 46 Fälle. Nach dem Bericht der Polizeidirektion sind im Oktober 10.931 Personen nach Wien zugewandert, 7.495 Personen haben Wien verlassen. Die Bevölkerungszunahme in Wien im Oktober betrug daher 2.918 Personen.

- - -

Neuer Klassenlesestoff für die Wiener Schulen
=====

28. November (RK) In den letzten sieben Jahren sind 62 verschiedene Bände als Klassenlesestoff für die städtischen Volks-, Haupt- und Sonderschulen erschienen, die von der städtischen Schulverwaltung mit einem Kostenaufwand von 8,7 Millionen Schilling angekauft wurden. Nunmehr hat der Gemeinderatsausschuß für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung die Anschaffung von drei weiteren Bänden bewilligt und hierfür 473.000 Schilling bereitgestellt. Es handelt sich um 8.500 Exemplare des Buches "Du bist nicht allein", in dem die Abhängigkeit der Menschen voneinander behandelt wird. Von der Sammlung "Ich saß auf einem Steine", die Sagen und Erzählungen aus der Völkerwanderungszeit, aus dem Mittelalter und dem Hochmittelalter enthält, wurden 6.500 Exemplare erworben. Ferner wurde der Ankauf von 7.000 Exemplaren des Buches "Ans Ende der Welt" genehmigt. Dieser Band bringt Berichte über die Erforschung der Arktis und Antarktis.

- - -

Wiener Symphoniker zu den Salzburger Festspielen?VBgm. Mandl macht Präsident Paumgartner interessantes Angebot

28. November (RK) Wenn bei den Salzburger Festspielen neben den Wiener Philharmonikern sogar Orchester aus dem Ausland herangezogen werden, warum eigentlich nicht auch die Wiener Symphoniker? Während die ausländischen Orchester nicht immer das Niveau der Wiener Philharmoniker einhalten können, ist der künstlerische Ruf der Wiener Symphoniker - was Pressekritiken des In- und Auslandes immer wieder beweisen - ständig im Steigen begriffen.

Das ist die Frage und zugleich der Vorschlag von Wiens Kulturreferenten Vizebürgermeister Mandl die er auch in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Wiener Symphoniker an den Präsidenten der Festspielgemeinde Salzburg Prof. Dr. Paumgartner richtete.

In dem Brief heißt es in der weiteren Begründung: "Dies würde noch dadurch erleichtert, da annähernd zur gleichen Zeit, wie die Salzburger Festspiele abgehalten werden, die Wiener Symphoniker bei den Bregenzer Festspielen mitwirken, sodaß eine in der Zeit wohl eingeteilte Verlegung der Wiener Symphoniker von den Bregenzer zu den Salzburger Festspielen sich nicht un schwer durchführen ließe. Es kommt hinzu, daß die Wiener Symphoniker neben den Wiener Philharmonikern das konzerttragende Orchester dieser Stadt darstellen, sodaß es dem Fachmann wie dem musikliebenden Publikum sinnfällig erscheinen wird, daß dieses andere große Symphonieorchester Österreichs neben und mit den Wiener Philharmonikern zum Ruhm der Salzburger Festspiele beiträgt."

Abschließend ersuchte Vizebürgermeister Mandl Präsident Paumgartner, dieser möge seinen Vorschlag dem Kuratorium der Festspielgemeinde Salzburg vorlegen.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß morgen, Donnerstag, den 29. November, um 17.30 Uhr, die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" im Französischen Saal des Künstlerhauses von Bürgermeister Jonas eröffnet wird. Anlässlich der Eröffnung ist für die Vertreter der Presse am gleichen Tag um 16 Uhr Gelegenheit, die Ausstellung zu besichtigen. Vizebürgermeister Mandl wird dabei für Informationen zur Verfügung stehen.

Der Eingang zum Französischen Saal befindet sich rechts vor dem Hauptportal des Künstlerhauses.

- - -

Heute früh: 1.093 Schneearbeiter

=====

28. November (RK) Heute früh wurden die Schneeräumungsarbeiten in den Straßen Wiens von 866 Bediensteten der Stadtreinigung und 227 aufgenommenen Schneearbeitern fortgesetzt. In den westlichen Randgebieten war noch der Einsatz von sieben Schneepflügen notwendig. Für Schneeabfuhr, Bestreuungsarbeiten und Streumaterialzufuhr wurden 71 Fahrzeuge verwendet.

- - -

Eine vorweihnachtliche Bescherung des "Wiener Kunstfonds"

=====

28. November (RK) Montag, den 3. Dezember, um 18.30 Uhr, werden in den neuen Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses zum zwölften Male Förderungspreise aus dem von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien errichteten "Wiener Kunstfonds" verliehen. Vizebürgermeister Mandl wird im Beisein von Generaldirektor Dr. Neubauer an 15 Wiener Künstler Förderungsbeiträge überreichen.

- - -

Der steirische Ersatz-Weihnachtsbaum kommt aus Frohnleiten
=====

28. November (RK) Der steirischen Landesregierung ist es gelungen, einen geeigneten Ersatz für den gestern bei St. Oswald verunglückten Weihnachtsbaum zu finden. Mit dem Eintreffen des steirischen Weihnachtsbaumes in Wien ist frühestens am Freitag zu rechnen. Die Dispositionen über den Transport nach Wien können erst morgen, Donnerstag, getroffen werden.

- - -

Sammlung für die Armen!
=====

28. November (RK) Wie alljährlich findet auch heuer wieder in der Zeit vom 1. bis 7. Dezember die Sammlung zugunsten der Armen Wiens statt. Sie wird unter ehrenamtlicher Mitwirkung der Fürsorgeräte in allen Wohnhäusern Wiens durchgeführt. Mit ihrem Ertrag soll jenen Mitbürgern geholfen werden, die über die Leistungen der öffentlichen Fürsorge hinaus die Hilfe der Gemeinschaft brauchen.

- - -

Lainzer Mufflons nach Sparbach
=====

28. November (RK) Das Land Niederösterreich wird in den nächsten Tagen einen wertvollen Zuwachs aus Wien bekommen, nämlich eine kleine Mufflon-Herde aus dem Lainzer Tiergarten. Der zuständige Gemeinderatsausschuß hat heute der Überführung von acht reinrassigen Mufflons in den Sparbacher Tiergarten zugestimmt.

- - -

Delegierte der Internationalen Fürsorgetagung im Wiener Rathaus
=====

28. November (RK) In dieser Woche findet in Wien eine Studientagung über Probleme der Individualfürsorge statt, an der rund 150 Delegierte aus Österreich und zwölf europäischen Ländern teilnehmen. Die Tagung wird vom Sozialministerium und der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen veranstaltet. Sie behandelt überwiegend Fragen der Einzelfürsorge. Heute nachmittag hatten die Delegierten Gelegenheit, städtische Kindergärten, Altersheime und Wohnhäuser für alte Menschen zu besichtigen. Am Abend waren die Delegierten Gäste von Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus. Mit dem Bürgermeister hatten sich zum Empfang der Tagungsteilnehmer die Stadträte Dr. Glück, Maria Jacobi, Riemer und Sigmund eingefunden.

- - -

Die Wünsche der Gemeinden an den neugewählten Nationalrat
=====

Sitzung des Hauptausschusses des Städtebundes

28. November (RK) Der Hauptausschuß des Österreichischen Städtebundes hielt heute im Wiener Rathaus unter dem Vorsitz der Bürgermeister Jonas, Wien, und Dipl. Ing. Scherbaum, Graz, eine Sitzung ab, der einige wichtige Probleme der Kommunalpolitik zur Beratung vorlagen.

In einer einstimmig angenommenen Resolution, zu der Generalsekretär Schweda das einleitende Referat erstattete, legte der Hauptausschuß die Wünsche der Gemeinden an den neugewählten Nationalrat dar. In dieser Resolution wird die Bereitschaft der Gemeinden unterstrichen, den ihnen nach dem Gesetz und ihrer Verantwortung zukommenden Teil bei der Bereinigung ungelöster Probleme sowie neuer Fragen, die sich aus der ständigen Fortentwicklung des gesellschaftlichen Zusammenlebens ergeben, zu tragen. Die Gemeinden müssen aber andererseits auch darauf bestehen, daß ihnen der kommende Finanzausgleich die notwendigen Mittel sichern wird, daß der Bund die ihm kompetenzmäßig zustehenden Leistungen erbringt, ohne sie von Zugeständnissen oder Vorausleistungen der Gemeinden abhängig zu machen, und daß schließlich die Gemeinden im Wege der beiden Gemeindeverbände zur Beratung aller Fragen aufgerufen werden, die für die österreichischen Gemeinden von Interesse sind.

In der Resolution heißt es dann: " Von größter Bedeutung wäre die endliche Inangriffnahme einer den Gegebenheiten des modernen Alltags Rechnung tragenden Vereinfachung der Verwaltung in allen Ebenen der Verwaltungstätigkeit. Das diesbezügliche Bemühen der Gemeinden muß Stückwerk bleiben, solange die erforderlichen legislativen und administrativen Maßnahmen nicht auf der Bundesebene eingeleitet werden.

Ungelöst sind vor allem auch die großen Probleme des Bauens und des Wohnens, die im Interesse der Bevölkerung der ehesten Bereinigung bedürfen. Durch geeignete gesetzliche Maßnahmen muß es ermöglicht werden, die im öffentlichen Interesse benötigten Grundflächen zu angemessenen Preisen zu erwerben und der Verbauung nach zeitgemäßen städtebaulichen Grundsätzen und Erfordernissen zuzuführen.

Nach wie vor leidet ein erheblicher Teil unserer Mitbürger unter der Wohnungsnot. Der Österreichische Städtebund appelliert an den Nationalrat, dieses dringende Problem endlich einer umfassenden Lösung zuzuführen und die diesen Notstand verursachenden Mißstände zu beseitigen.

Eine wesentliche Forderung des Österreichischen Städtebundes betrifft die Neuregelung des Fürsorgerechtes. In Anbetracht der Bedeutung, die dem Fürsorgerecht zukommt, erwartet der Österreichische Städtebund, daß der neugewählte Nationalrat unter Berücksichtigung der bereits vorliegenden Wünsche der Gemeinden an die Ausarbeitung eines modernen Fürsorge-Grundsatzgesetzes schreiten wird.

In einer besonderen Notlage befinden sich die spitalerhaltenden Gemeinden, da sich der im Krankenanstaltengesetz vorgesehene Bundeszuschuß zum Betriebsabgang der Krankenanstalten als unzureichend erwiesen hat. Die finanzielle Lage der spitalerhaltenden Gemeinden ist dadurch bedrückend geworden. Im Hinblick darauf ersucht der Österreichische Städtebund, durch eine Novellierung des Krankenanstaltengesetzes eine Ausgestaltung des Zweckzuschusses des Bundes herbeizuführen.

Besonders ernst ist die Situation auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung. Die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds ist völlig unzureichend, so daß dieser seiner Zweckbestimmung, die Errichtung und die Erweiterung von Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen spürbar zu fördern, nicht gerecht werden kann. Der Österreichische Städtebund ist der Ansicht, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die Zuwendungen für den Wasserwirtschaftsfonds bedeutend erhöhen zu können, ohne daß dadurch dem Wohnungsbau Beträge entzogen werden.

Der Österreichische Städtebund verweist weiters auf die Wichtigkeit der Finanzierung des Straßenbaues. Die noch immer zunehmende Motorisierung hat dazu geführt, daß auch die Gemeindestraßen einer immer stärkeren Verkehrsbelastung ausgesetzt sind. Die Gemeinden aller Größenordnungen sind nicht in der Lage, aus ihren derzeitigen Einnahmequellen Mittel für den Ausbau ihres Straßennetzes im ausreichenden Maße abzuzweigen. Der Österreichische Städtebund appelliert daher an die gesetzgebenden Körperschaften, den Gemeinden Mittel für den Straßenbau, allenfalls in Form eines Anteiles am zweckgebundenen Zuschlag zur Mineralölsteuer, zur Verfügung zu stellen.

In einer schwierigen Lage befinden sich die kommunalen Versorgungsbetriebe. Bedauerlicherweise wurde bei der Schaffung des ERP-Gesetzes die Möglichkeit der Gewährung von ERP-Krediten an die kommunalen Versorgungsbetriebe nicht vorgesehen, obwohl gerade dadurch diesen kommunalwirtschaftlichen Betrieben die Vornahme jener Investitionen ermöglicht werden würde, deren Durchführung für die Weiterentwicklung der Gesamtwirtschaft unerlässlich ist. Der Österreichische Städtebund ersucht aus diesem Grund den Nationalrat, das ERP-Gesetz einer Revision zu unterziehen und diese durch nichts gerechtfertigte Benachteiligung der Kommunalwirtschaft zu beseitigen.

Der Österreichische Städtebund verweist schließlich auf die Probleme des Zivilschutzes, wobei gewisse Mindestanforderungen außer Streit stehen. Diese Anforderungen und ihre Erfüllung in gesetzlich geregelte Bahnen zu lenken und die Zuständigkeiten eindeutig festzulegen, ist nach Auffassung des Österreichischen Städtebundes eine Voraussetzung für eine ersprießliche Zivilschutzarbeit, die nach einheitlichen Grundsätzen und nicht auf Einzelinitiativen basierend ausgeübt werden sollte."

Abschließend wird darauf verwiesen, daß die Gemeinden jene Gemeinwesen seien, die den einzelnen Staatsbürger zunächst berühren. Die Interessen der Gemeinden wahren, heißt daher, der Demokratie dienen, deren Fundament dadurch eine für den Gesamtstaat wesentliche Stärkung erlange. Der Österreichische Städtebund erwarte daher schon aus diesem Grunde, daß sich der neugewählte Nationalrat den Sorgen und Wünschen der Gemeinden nicht verschließen wird.

Der Hauptausschuß des Österreichischen Städtebundes beschäftigte sich weiters mit Forderungen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten. Einen Bericht des Vorsitzenden des Personalausschusses des Städtebundes, Stadtrat Riemer, Wien, über die bezugsrechtliche Situation nahm der Hauptausschuß zustimmend zur Kenntnis. Gleichzeitig setzte er zur weiteren Behandlung dieser Frage einen Unterausschuß ein.

Über kommunale Europaarbeit sprach der Obmann des Österreichischen Städtebundes, Bürgermeister Jonas, der über die im letzten Halbjahr abgehaltenen Sitzungen des Internationalen Gemeindeverbandes und des Rates der Gemeinden Europas berichtete.

Bürgermeister Jonas hielt dabei eine Abgrenzung der Arbeitsgebiete dieser beiden auf internationaler Ebene wirkenden Gemeindeorganisationen für notwendig, um eine Zersplitterung der Kommunalarbeit auf dem europäischen Sektor zu vermeiden.

Bürgermeister-Stellvertreter Donnenberg, Salzburg, berichtete sodann über Probleme der Lärmbekämpfung, Magistratsrat Dr. Theuer, Wien, über den vom Bundesministerium für Inneres ausgearbeiteten Entwurf eines Staatsbürgerschaftsgesetzes, der im Rechtsausschuß des Städtebundes vorberaten worden war. Die vom Referenten vorgelegte Stellungnahme des Rechtsausschusses wurde gebilligt.

An der Sitzung des Hauptausschusses nahm im Hinblick auf die Behandlung der gewerkschaftlichen Forderungen auch der Personalausschuß des Städtebundes teil.

In der am 27. November 1962 abgehaltenen Sitzung des Rechtsausschusses des Österreichischen Städtebundes wurde der Magistratsdirektor der Stadt Wien, Dr. Ertl, an Stelle des in den dauernden Ruhestand getretenen Magistratsdirektors Dr. Kinzl zum neuen Vorsitzenden des Rechtsausschusses gewählt. Dem scheidenden Vorsitzenden wurde der Dank ausgesprochen.

- - -